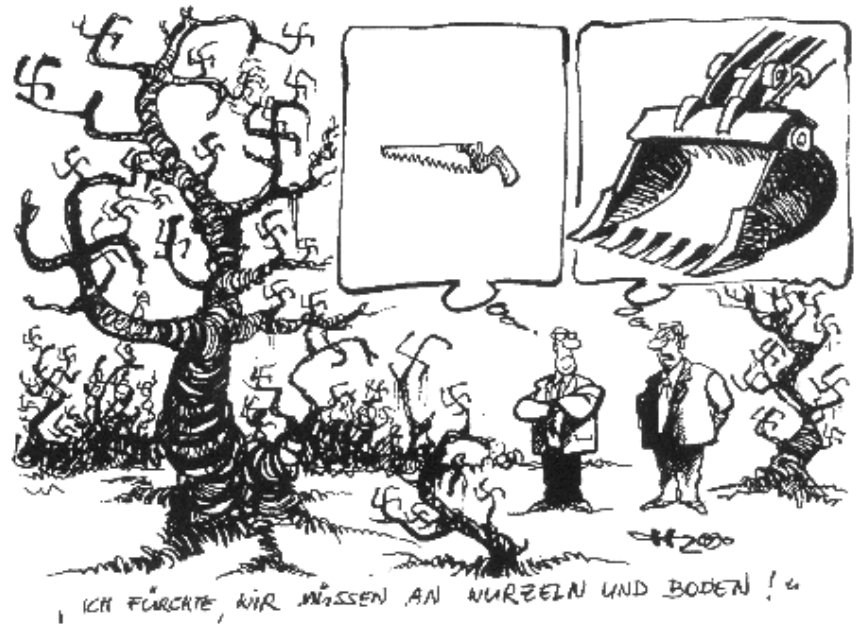


Woher kommt die rechte Gewalt? - Spurensuche

M 2.01 "Ich fürchte, wir müssen an Wurzeln und Boden"



(H2000, Der Tagesspiegel vom 06.08.2000)

Arbeitshinweis:

Beschreibe die Karikatur und erkläre ihre Aussageabsicht!

M 2.02 Woher die rechte Gewalt kommt

Gewalttaten von rechtsradikalen Jugendlichen sind kein passageres Problem einer Übergangsphase. Der Wahlerfolg der DVU bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen-Anhalt gerade unter Jungwählern (25 Prozent bei den 18- bis 25-Jährigen) weist auf ein Potenzial, aus dem sich nicht nur der harte Kern der Gewalttäter neu rekrutiert, sondern das auch darauf wartet, von einem politischen Formgeber als soziale Bewegung organisiert zu werden, ein Warten also auf den deutschen Jörg Haider.

Jugend alleine kommt nicht vor. Sie ist eingebettet in Erwachsenenengesellschaft und im Verhalten von Jugend spiegelt sich auch die innere Verfasstheit der Erwachsenenwelt wider, insbesondere deren Umgang mit Jugendlichen - und der lässt zu wünschen übrig. Jugend gilt weniger als Chance, sie wird zur Last. Jugendliche fühlen sich bedroht in fundamentalen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Familiengründung und anderen Formen der Verwirklichung von Lebensglück außerhalb von Sozialhilfe. Zu den typischen Lebenslagen eines großen Teils junger rechtsradikaler Gewalttäter gehört zum einen das Verlierermilieu in den wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozessen insbesondere in den neuen Bundesländern. Mehr noch sind es Jugendliche aus den aufstiegsorientierten unteren und mittleren Milieus, die in der Angst leben, trotz Job oder Lehrstelle vielleicht schon bald zum Heer der Chancenverminderten zu gehören. Wie die Gewalt reicht auch die Angst bis in die Mitte der Gesellschaft. Wenn dann auch noch die Erwachsenen selbst oft in Ratlosigkeit, Gestaltungsunfähigkeit und oft in den rigiden und autoritären Denkmustern aus DDR-Zeiten verharren, sind Mut machende Orientierungen oft nicht zu gewinnen. Dass Jugendliche in solchen Situationen einfache Antworten suchen, die emotional stützen, anscheinend Sinn vermitteln und Schutz und Gemeinschaft Schicksalsgleicher bieten, ist nahe liegend. Diese Jugendlichen sehen sich oft eingebettet in ein Klima aggressiver Orientierungen. Sie handeln gewissermaßen als die Vollstrecker eines allgemeinen Volkswillens. Die Zugehörigkeit zur „Kameradschaft“ garantiert zudem Anerkennung und Status - nichts ist für Jugendliche wichtiger als das. Bei ihnen muss die Überzeugung wieder hergestellt werden, dass man eine Chance auf Zukunft hat, und dass es sich lohnt, auch außerhalb rechtsradikaler Bezüge „dazuzugehören“.

Keine Frage: Straftaten sind zu verfolgen und aufzuklären. Selbstverständlich sind verbotene und verdächtige Versammlungen aufzulösen, verdächtige Wohnungen zu durchsuchen und notwendige Festnahmen durchzuführen. Ausländer und Minderheiten sind zu schützen und sog. „national befreite Zonen“ nicht hinzunehmen. Staat und Gesellschaft haben zu schützen und Klarheit bei der Normgeltung zu schaffen. Mehr ist von der Justiz nicht zu erwarten.

Der allgemeine Ruf nach Strafe setzt auf Abschreckung, die nicht wirkt, und begünstigt gegenproduktive Ausgrenzungsprozesse. Die Überfüllung der Gefängnisse,

diesen Durchlauferhitzern für Gewalttäter, wird uns mehr Probleme bereiten als lösen. Die RAF war seinerzeit am stärksten, als ihre Ikonen inhaftiert waren. Justiz und Gesellschaft müssten dazu beitragen, die Mitläuferszenen abzuschmelzen, aus denen sich immer wieder der harte Kern der rechtsorientierten (Gewalt-)Täter rekrutiert, und helfen, diese Täterkarrieren abzubrechen und umzukehren. Das wäre Prävention:

- Schule ist ein zentraler Präventionsort, in dem man sich für das Leben mehr abholen muss als sich in Noten ausdrückt, z.B. soziales Lernen von Konfliktlösung.

- Bürgerengagement im kommunalen Gemeinwesen. Vorschlag: Die Stadt stiftet einen jährlichen Preis für Bürgerengagement und Zivilcourage.

- Persönlichkeiten der öffentlichen Anerkennung als Vorbilder demokratischer Glaubwürdigkeit in Schulen, Stadien und Freizeitstätten.

- Demonstrative Ächtung von Rechtsradikalismus und Gewalt in allen öffentlichen Bereichen.

Allen Industrienationen ist das Problem wachsender (Gewalt-) Kriminalität gemeinsam. Österreich als das Land mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit und dem am wenigsten repressiv ausgerichteten Jugendstrafrecht hat die geringste Gewaltkriminalität. In den stark belasteten Ländern USA und Großbritannien haben härtere Strafen und mehr Freiheitsentzug wenig bewirkt, offensichtlich ist aber der Zusammenhang zwischen Rückgang der Kriminalitätszahlen und der Sicherung der sozialen Lagen (Abbau der Arbeitslosigkeit bei Vätern und Söhnen).

Soziale Stabilisierung ist ein zentraler Faktor in der Kriminalitätsbekämpfung, auch bei rechtsradikalen Gewalttätern, deren Lebensziel eigentlich nicht mehr ist als das, was sich (fast) jeder wünscht: eine kleine gesicherte bürgerliche Existenz.

(Klaus Breymann ist Oberstaatsanwalt und Mitglied der Jugendgerichtsvereinigung Sachsen-Anhalt)

(aus: Klaus Breymann, Woher die rechte Gewalt kommt, in: Die Welt vom 14.08.2000, URL vom 08.09.2000: <http://www.welt.de/daten/2000/08/14/0814fo185279.htm>)

Arbeitshinweise:

Arbeite die verschiedenen Ursachen und Erklärungsansätze heraus, die in Material M 2.02 genannt werden. Welche weiteren Erklärungsversuche für die Entstehung und Verbreitung rechter Gewalt und Rechtsextremismus kennst du? Welche Erklärung scheint dir am plausibelsten zu sein?

M 2.03 Die alte neue braune Gefahr

Nach dem Bombenanschlag in Düsseldorf ist die deutsche Politik alarmiert. Sechs der neun ausländischen Opfer sind Juden; man fürchtet verheerende Reaktionen vor allem aus den USA. Auch wenn die Hintergründe des Verbrechens noch nicht bekannt sind: Die Warnungen des Verfassungsschutzpräsidenten vor einem Rechtsterrorismus in Deutschland haben neues Gewicht erhalten.

Waffen- und Sprengstoff-Funde der letzten Zeit zeigen es deutlich: Die Neonazis rüsten auf. Längst ist die rechts-extreme Gewalt in die Offensive gegangen. Aber solange ihr Aufmarsch- und Demonstrationsgebiet vor allem der deutsche Osten war, blieben die Reaktionen der Politik widersprüchlich - Entsetzen, Sorge, Verharmlosung, Ungläubigkeit.

Das ist jetzt nach dem Düsseldorfer Anschlag anders. Seit Jahren müsste es im Osten Daueralarm geben. Ausländer sind totgetrampelt, Obdachlose erschlagen worden. Tragische Einzelfälle, haben die Landespolitiker gesagt. Sie seien aber kein Beleg für rechtsextreme Strukturen. Wirklich nicht? Im Osten hat sich, gefördert von Neonazi-Gruppen aus dem Westen, ein völkisches Bewusstsein etabliert.

Der rechtsradikale Mainstream der Jugendkultur vergiftet das öffentliche Leben. Rechtsextremismus flaniert. Eine Schule in Wurzen, Sachsen: Die Lehrerin kommt in die Klasse, auf der Tafel steht, groß und provozierend: „Juden vergasen!“ Der Schulleiter, bei dem die Lehrerin Rat sucht, wimmelt sie ab: „Warum kommen Sie zu mir? Für Tafelabwisch ist der Hausmeister zuständig!“ Für den Tafelabwisch also ist der Hausmeister zuständig, für die Rechtsextremisten der Verfassungsschutz, für ihre Opfer das Krankenhaus.

Wenn die Schüler ihre Lehrer mit „Heil Hitler“ begrüßen, ist gar niemand zuständig - weil, so sagen Lehrer, „wir gar nicht mehr zum Unterrichten kämen, wenn wir uns auch noch damit auseinandersetzen müssten“. Für die kahlgeschorenen Kameraden ist die ABM-Mutti zuständig, die ihnen den Schlüssel für das Jugendzentrum überreicht; das nennt sich akzeptierende Jugendarbeit, ins Ostdeutsche übersetzt: Glatzenpflege auf Staatskosten.

Der Bundestagspräsident ist einer der wenigen Politiker, die durch die Städte und Gemeinden im Osten reisen, um sich über den handgreiflichen Ausländerhass zu informieren. Dabei passiert es gelegentlich, dass der Orts-Bürgermeister nicht kommt - „weil wir uns von ihm nicht in die Ecke stellen lassen“. Diese Ecken sind aber überall.

Der Rechtsextremismus flaniert in Bomberjacken auf den Hauptstraßen; dort, wo er die Oberhand hat, nennt er sein Terrain „national befreite Zone“. Der Ausländerhass fährt mit im Omnibus, der Rassismus ist Fahrgast in den Zügen der Deutschen Bahn. Manchmal hat er sich die Insignien der germanischen Kulte umgehängt, das Keltenkreuz oder das Sonnenrad. Manchmal trägt er das T-Shirt einer neuen heidnischen Religion mit dem Schriftzug „Wotan statt Christus“.

Manchmal wirft er einen Brandsatz in eine Synagoge oder Steine durchs Fenster einer Moschee. Manchmal schmiert er seine Runen auf die Mauern christlicher Gotteshäuser; die Pfarrer halten das dann nicht für rechtsextrem, sondern für antikirchlich.

Solche Anschläge haben aber eine gemeinsame Zielrichtung: Sie richten sich gegen eine Religion, für die der

einzelne Mensch zählt, nicht aber seine Rasse. Manchmal wird ein Mensch erschlagen. Dann steht es in der Zeitung. Viel öfter wird einer verprügelt, zusammengeschlagen, der Hund auf ihn gehetzt. Dann steht es nicht in der Zeitung oder nur ganz klein.

Es ist nicht gut, wenn man im deutschen Osten eine dunkle Hautfarbe hat. Dann muss man sich nämlich sehr genau überlegen, ob, wo und wann man sich auf die Straße traue. Das gilt nicht nur für Asylbewerber, das gilt auch für Geschäftsleute, Sportler, Wissenschaftler; das gilt für Familienväter, die seit zwölf Jahren hier wohnen, wie Alberto Adriano aus Mosambik einer war, Vater von drei Kindern, dem am Pfingstsonntag in Dessau der Schädel eingeschlagen wurde.

Der kleine Gedenkstein für ihn erregt den Ärger der Passanten: für einen Deutschen, so sagen sie, wäre kein Stein aufgestellt worden. Die alte neue braune Gefahr ist gefährlicher als die RAF, weil sie eine geistige Basis in der Bevölkerung hat, wie sie die RAF nie hatte. Damals, gegen die RAF, war Deutschland im Ausnahmezustand. Damals waren die Innenminister rund um die Uhr alarmiert.

Heute ist ihnen das Verbot der Kampfthunde wichtiger. Zu lange hat die Politik die Gewaltstrukturen verniedlicht, zu lange hat die Polizei geglaubt, sie habe es nur mit irregeleiteten Blödiern zu tun. Und ziemlich lange hat auch die Justiz gebraucht, bis sie Mord und Totschlag Totschlag genannt hat. Das hat sich geändert, der Generalbundesanwalt zieht viele Fälle an sich.

Aber es muss sich noch einiges ändern, bis sich die neue Haltung auswirkt: Solange jugendliche Schläger den Eindruck haben können, eine Gerichtsverhandlung sei eine Kasperlveranstaltung, bei der man die applaudierenden Kameraden im Zuschauerraum postiert, werden die Justiz und ihre Strafen präventive Wirkung nicht entfalten. Auch aus Widerwillen hat man im Westen nicht zur Kenntnis genommen, was im Osten geschieht.

Erst, so etwa ist das Grundgefühl im Westen, waren „die dort im Osten“ undankbar - und jetzt sind sie auch noch braun. Im Westen will man mit dem Bild vom bösen Deutschen, wie es sich im Osten präsentiert, nichts zu tun haben. Man will auch keine Neuauflage westdeutscher Nachkriegsgeschichte erleben, man will nicht noch einmal, nunmehr im Osten, an das Trauma deutscher Geschichte herangehen, man glaubt, die Vergangenheit sei ausreichend bewältigt. Sie ist es nicht.

Gute Bedingungen für die Rechten im Osten

Die DDR, deren Faschismusideologie die Machtübernahme der Nazis auf die Interessen des Monopolkapitals zurückführte, hat mit der Abschaffung des Kapitalismus die Wurzel allen Übels für ausgerottet erklärt. Vergangenheitsbewältigung sah sie deshalb nicht mehr als ihr Problem. Umso größer ist es heute Aufstand des Anstands. Der Rechtsextremismus im Osten findet gute Bedingungen vor.

Erstens: Antisemitismus und Rassismus haben in Ostdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg überwintert und sind nach der Wende wieder virulent geworden. Zweitens: Weil sich die alte Homogenität der DDR-Gesellschaft aufgelöst hat, wird ihr Andenken durch Abwehr alles

Fremden verteidigt. Drittens: Die DDR war ein Ort autoritärer Sozialisation, es fehlt demokratische Tradition. Viertens: Politik und Gesellschaft treten den Menschenrechtsverletzungen nicht klar genug entgegen. Fünftens: Soziale Spannungen prägen das gesellschaftliche Klima. All diese Faktoren wirken zusammen.

Es muss etwas geschehen. Und das, was geschehen muss, kann sich nicht in einer Aktion, einer Initiative, ein paar Appellen und ein paar scharfen Urteilen erschöpfen. Der Welle der Gewalt muss eine Welle des Anstands entgegenrollen. Die Zivilgesellschaft, von der man heute so gern redet, muss zeigen, wo sie steht. Damals, vor der Einheit, hieß der Ruf: Wir sind ein Volk. Jetzt muss er ergänzt und neu gelernt werden: Wir sind ein Volk, das Hass und Gewalt gegen Ausländer nicht duldet.

(aus: Heribert Prantl, *Die alte neue braune Gefahr*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29.07.2000: <http://www.sueddeutsche.de/extremismus/szartikel17.htm>)

Arbeitshinweise:

Arbeite die verschiedenen Ursachen und Erklärungsansätze heraus, die in Material M 2.03 genannt werden. Welche weiteren Erklärungsversuche für die Entstehung und Verbreitung rechter Gewalt und Rechtsextremismus kennst du? Welche Erklärung scheint dir am plausibelsten zu sein?

M 2.04 Unfreiwillige Helfer

Eine Episode aus dem Jahre 1991: In Bayreuth findet eine Großdemonstration von Neonazis zum „Heß-Gedenktag“ statt; Hunderte schwarz gekleidete Glatzen marschieren durch die Straßen. Aufregung und Angst herrschen in der kleinen fränkischen Stadt, die Bürger haben ihre Autos in Seitenstraßen und Garagen in Sicherheit gebracht, besorgte Geschäftsleute bängen um ihre Schaufenster. Am Rande der Demo kann ein älterer Mann nicht mehr an sich halten. Voller Empörung ringt er nach Worten. Schließlich ruft er in die Trommelschläge der Neo-Nazis hinein den Satz: „Bei Hitler hätte es das nicht gegeben.“

Da war sie hörbar und sichtbar geworden: die Grenze, die Nazis und Nazis trennt. Die Ordentlichen von den Chaotischen, die Bürgerlichen von den Gewaltbereiten, die Wohlerzogenen von den Missratenen, die Alten von den Jungen, die Versteckten von den offen Bekennenden. Diese absurde Szene am Bayreuther Straßenrand zeigte schon damals, was auch heute noch gilt: dass es keine einheitliche rechte Bewegung gibt, sondern nur Kreise, die sich partiell berühren, aber ansonsten nicht miteinander verbunden sind, außer durch einige gemeinsame Ängste und Überzeugungen. Rechtsradikalismus-Forscher schätzen das in diesem bunten Sammelsurium aus Schlägern, Spießern, Wortführern und Mitläufern schlummernde Wähler-Potenzial auf 13 bis 18 Prozent.

Gemeinsam ist ihnen die Angst vor „Überfremdung“, die Angst im Sog der ökonomischen Globalisierung unterzugehen, die Überzeugung, dass das „Dritte Reich“ auch seine guten Seiten hatte, die ausgesprochene oder unausgesprochene Meinung, dass „das mit den Juden“ in der Geschichtsschreibung zumindest verzerrt dargestellt wird, und ein unterschwelliges Minderwertigkeitsgefühl, das durch starke Sprüche am Küchen- oder Stammtisch und die den Skinheads eigene Männlichkeitsrituale überkompensiert wird.

Obwohl nur ein Bruchteil der Menschen aus diesem hoch brisanten Stimmungs-Biotop wirklich gewaltbereit ist, sorgen die Hetzjagden und Morde an Ausländern und Obdachlosen dafür, dass der Fokus hauptsächlich auf das Lumpenproletariat der „nationalen Revolution“ gerichtet ist (das im Übrigen sofort beseitigt würde, wenn wirklich einmal die Rechte an die Macht käme, so wie Hitler und die SS einst die ursprüngliche SA liquidierten). Die Folge dieser Fokussierung ist, dass die breite Basis der „ordentlichen“ Sessel- und Couch-Nazis noch weniger als bisher wahrgenommen wird und dass Straftaten unterhalb der Gewaltstufe aus dem Blickfeld geraten, weil man sich irgendwie daran gewöhnt hat (am vergangenen Wochenende etwa zeigten Fans von Borussia Dortmund mit dem Hitlergruß, wie sehr sie sich über den Bundesliga-Auftakt freuen). Die Fokussierung des Nazi-Problems auf die Glatzen hat außerdem zur Folge, dass die dringend notwendige Debatte darüber nicht stattfindet, inwieweit die offiziöse Politik, die sich vor Abscheu und Empörung derzeit kaum einkriegen kann, möglicherweise Mitschuld hat an den von ihr beklagten Zuständen.

Schon die Art und Weise, wie die Politik derzeit auf die Bedrohung reagiert, spielt den Radikalen in die Hände. So kommt der Ruf nach einem starken Staat mit Schnellgerichten, nach Video-Überwachung auf allen öffentlichen Plätzen und

Parteiverboten (um nur ein paar Asservate aus dem Arsenal der Hilflosigkeit zu nennen) genau den Vorstellungen jener entgegen, die heimlich vom totalen Staat träumen, in dem dann nur andere Parteien verboten und mit anderen Menschen kurze Prozesse gemacht würden. Schon in der Vergangenheit lernten die Rechtsextremisten, dass man nur heftig genug zuschlagen muss, um die offiziöse Politik zu Reaktionen zu bewegen, die letztendlich als eigene Erfolge verbucht werden können: Erst fackelte man Asylheime ab, dann „wachte die Politik auf“ und fackelte das Asylrecht ab, dessen Reste nun zur Disposition gestellt werden sollen. Auch entbehrt es nicht eine gewissen Heuchelei, wenn Vertreter von Union und SPD heute Einstellungen beklagen, die sie gefördert oder nie hart genug bekämpft haben, weil diese Parteien genau wussten, dass unter einem nicht geringen Teil ihrer Wähler Meinungen vorherrschen, die durchaus denen der Rechtsradikalen entsprechen.

Die Union-Aktion gegen den Doppel-Pass („Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?“) hatte viele heimliche Sympathisanten auch unter SPD-Mitgliedern und -Wählern. Welches Potenzial wollte Gerhard Schröder wohl ansprechen, als er 1998 im Wahlkampf forderte: „Kriminelle Ausländer raus, und zwar sofort“? Und was will uns heute Edmund Stoiber sagen, wenn er ausgerechnet in Zeiten der Ausländer-Hatz eine „nationale Bevölkerungspolitik“ propagiert, also den Eindruck erweckt, hier zu Lande sei nur ein deutsches Baby ein gutes Baby? Auf wen zielt der bayerische Innenminister Günther Beckstein ab, wenn er die Einwanderungs-Diskussion mit dem Satz bereichert, wir brauchen „mehr Ausländer, die uns nutzen, und weniger, die uns ausnutzen“? Und weiß der hessische Ministerpräsident Roland Koch, dass er sich exakt der Argumentationsmuster rechtsradikaler Anti-Europa-Demonstranten bedient, wenn er sagt, der Abbau des „Nationalstaates“ durch den Aufbau der Europäischen Union führe zu einem Verlust an „Identität und Geborgenheit“ und damit zu Fremdenfeindlichkeit? All diese Äußerungen beschreiben die Methode, mit der die Union seit Adenauers Zeiten versucht potenziell oder wirklich radikale Wähler einzufangen, zu binden und so rechts von der CDU/CSU keine Konkurrenz hochkommen zu lassen: Man bedient sich der Ressentiments, die man angeblich bekämpfen will, mit der Begründung: „Immer noch besser, die Wähler landen bei uns als bei einer rechtsradikalen Partei.“ Höhepunkt dieses Verfahrens - man hat es beinahe schon wieder vergessen - war der erst nach heftigen parteiinternen Kämpfen gescheiterte Versuch Helmut Kohls, einen sächsischen Minister zum Bundespräsidenten zu küren, der viel von „unkontrollierter Asylantenschwemme“ und „Überfremdung“ schwadronierte und davon dass die Gaskammern der Nazis historisch zwar „einmalig“ waren, es aber „viele einmalige historische Vorgänge“ gebe. Zudem hielt es Steffen Heitmann für selbstverständlich, dass Homosexuelle als „Minderheit“ eben gesellschaftliche Nachteile „tragen müssen“. Minderheiten ausgrenzen, Vorurteile bedienen statt Aufklärung betreiben: Der Preis für die Einbindung des rechten Potenzials war und ist hoch. Vor allem, weil auf diese Weise rechte Parolen salonfähig gemacht wurden und an Stammtischen im Bewusstsein geäußert werden konnten, zu „den Mehreren“ zu gehören unbedingte Voraussetzung für Meinungsäußerungen

opportunistischer, im Grunde ängstlicher Menschen, wie sie im rechten Milieu nun mal gehäuft vorkommen.

Weil das so ist, weil Opportunisten naturgemäß vermeiden wollen, in eine Außenseiter-Rolle zu geraten, müssten auch von den Eliten außerhalb der politischen Klasse andere Signale kommen, als sie in letzter Zeit zu vernehmen waren. Dass die deutsche Wirtschaft den Rechtsradikalismus hauptsächlich unter Standortgesichtspunkten diskutiert, ist genauso ein Armutszeugnis wie die Tatsache, dass der mühsam ausgehandelte Fonds zur Entschädigung der Zwangsarbeiter immer noch nicht gefüllt ist. In dieses traurige Bild passen auch die Standingovations, die Martin Walser hervorrief, als er von der „Moralkeule“ und der „Drohgebärde“ Ausschwitz redete und unterschwellig eine Schlussstrich-Debatte auslöste, die Ignatz Bubis in die Verzweiflung trieb - allein gelassen von Intellektuellen wie Klaus von Dohnanyi, der damals mit der zynischen Frage Öl ins Feuer schüttete, ob die Juden sich sehr viel tapferer als die Deutschen gegen den Nationalsozialismus gezeigt hätten, wenn dieser ihr Leib und Leben verschont hätte.

Die bewussten und unbewussten Signale werden von den Rechtsradikalen aufgenommen und als klammheimliche Unterstützung interpretiert. Oder als Beleg für die Verlogenheit einer Gesellschaft, die - anderes Beispiel - auf der einen Seite die Euthanasie-Programme des Nationalsozialismus geißelt, auf der anderen Seite den Philosophen Peter Sloterdijk in hohen Ehren hält, der vor Jahresfrist zumindest höchst missverständlich, wenn nicht mit eindeutiger Absicht mit Begriffen wie „Menschenzucht“, „präinatale Selektion“ oder „optionale Geburt“ hantierte. Eugenik ist kein Tabu mehr, das nationalsozialistische Ideal des „reinen“, „gesunden“ Menschen mit den „richtigen“ Genen schleicht sich in die wissenschaftliche Diskussion. Versicherungen, Industrie und Militärs spitzen die Ohren.

Auch das macht die Bekämpfung der rechten Seuche so schwierig: die Möglichkeit eines jeden fremdenfeindlich oder nationalsozialistisch daherschwafelnden Knallkopfs, auf die

Ansicht so manchen ehrenwerten Mitgliedes der Gesellschaft zu verweisen. Dass es in Fragen des Antisemitismus und anderen Bereichen, die den Ideologie-Kreis der Nazis berühren, keine rein akademische Diskussion gibt, muss auch der Jude Norman G. Finkelstein derzeit erleben. Seit der Veröffentlichung seiner provokanten Thesen in dem Buch „The Holocaust-Industry“ (Die Woche vom 28. Juli 2000) wurde er - wie er sagt „wider Willen“ - so etwas wie ein Kronzeuge all jener, die Wiedergutmachung schon immer als Folge einer „Erpressung“ darstellten und sich vom Judenmord dadurch reinwaschen wollten, dass sie ihn einreihen in die Verbrechen anderer Völker (etwa der Amerikaner an den Indianern). Das alles bringt Argumentationsnöte für Nazi-Gegner mit sich und die Gefahr, die Definitionskriterien dafür, was nun eigentlich rechtsradikal und was „noch im Rahmen“ sei, immer höher anzusetzen. So weit darf es eben nicht kommen: dass nur noch Springerstiefel, Baseballschläger und Bomberjacke den Rechtsradikalen erkennbar machen, der ganze Gesinnungswust aber als „irgendwie normal“ angesehen wird.

P.S.: Das Ordnungsamt der Festspielstadt Bayreuth überlegt derzeit, wie man den für diesen August angesagten Heiß-Gedenkmarsch verhindern kann. Zur gleichen Zeit stolziert Wolf Rüdiger Heß, unbelehrbarer Sohn des Führer-Stellvertreters, auf dem Grünen Hügel herum - wie er sagt, von der befreundeten Festspielleitung mit Karten beacht.

(aus: Tyll Schönemann, *Unfreiwillige Helfer*, in: *Die Woche* vom 18.08.2000)

Arbeitshinweise:

Arbeite die verschiedenen Ursachen und Erklärungsansätze heraus, die in Material M 2.04 genannt werden. Welche weiteren Erklärungsversuche für die Entstehung und Verbreitung rechter Gewalt und Rechtsextremismus kennst du? Welche Erklärung scheint dir am plausibelsten zu sein?

M 2.05 Die Verrohung des Gemüts

Am einfachsten ist die Beschreibung des Zustands: Die Brutalität hat gerade wieder Hochkonjunktur, weltweit. In Spanien wird ein Menschenleben immer weniger wert, sofern es nur einem Politiker gehört, in den USA treten Ordnungshüter im Namen der Ordnung wehrlose Menschen zuschanden, in Russland versteckt man Bomben in Unterführungen, damit möglichst viele Männer, Frauen und Kinder zerfetzt werden. Eine solche Bombe ist kürzlich auch in Düsseldorf explodiert, in jenem Land also, dessen Brutalität uns naturgemäß am meisten nahe geht: uns Zuschauern und noch viel mehr denen, die regelmäßig durch Fußgängerzonen gejagt, geprügelt und dort manchmal umgebracht werden. Was da zu besichtigen ist, hat der Bremer Ethnologe Hans Peter Duerr aus ähnlichen Anlässen vor Jahren als „Wärmetod der Zwischenmenschlichkeit“ beschrieben. Und als Grund eine „drastische Enttabuisierung“ ausgemacht, die beispiellos in der Kulturgeschichte sei.

Nun ist in Sachen Brutalität leider nichts beispiellos, außer vielleicht dem industriellen Massenmord an den europäischen Juden. Trotzdem ist Enttabuisierung das richtige Stichwort. Es stellt sich nämlich heraus, dass immer häufiger auch für Durchschnittsmenschen - nicht nur für Diktatoren und ihre Folterknechte, nicht nur für perverse Mörder - keine Scheußlichkeit mehr tabu ist; dass viele Menschen schlicht nicht mehr wissen - oder es ihnen egal ist -, worauf sich eine zivilisierte Gesellschaft geeinigt hat und warum. Hassverbrechen heißt in den USA jene neue Art der Kriminalität, bei der Weiße auf Schwarze, Asiaten auf Latinos, alle auf alle losgehen. Es muss wohl wirklich so etwas geben wie eine internationale Verrohung des Gemüts.

Ungezählte Erklärungen sind auf dem Markt für das Phänomen, und die meisten sind irgendwie plausibel. (Seltsamerweise kennen aber viele Experten die einzige Ursache und verteidigen ihre Erkenntnisse oft mit einer Aggressivität, die gut zum Gegenstand passt.) Nützlich sind gewiss die Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und der sozialen Lage mancher jugendlichen Gewalttäter, etwa in Deutschland. Andererseits geht es in vielen Teilen der Welt den Leuten viel schlechter als in Eberswalde oder Magdeburg, ohne dass sie - noch? - ihre Mitmenschen jagen, prügeln und totzutreten versuchen.

Noch nützlicher ist deshalb wohl der Hinweis darauf, dass gerade in den zivilisiertesten Ländern fast gleichzeitig viele Institutionen ausfallen oder bröckeln, die immer zuständig waren für die Erziehung der jungen Leute. Beispiel Deutschland: Wer seine Hoffnung auf die Schule setzt, hat nur noch nicht mit genug überforderten und ängstlichen Lehrern in (allzu vielen) Großstadt-Hauptschulen geredet; wer auf die pädagogische Leuchtkraft der Familie baut, müsste ignorieren, dass die sich, bei 38 Prozent Scheidungen, in einer - diesmal wirklich beispiellosen - Krise befindet.

Außerdem verliert die Religion dramatisch an Bindungswirkung. Wer sich wundert, warum gerade im Osten Deutschlands bei tausenden jungen Männern jeder Anflug von schlechtem Gewissen fehlt, wenn sie „Nigger klatschen“ oder „Penner“, der kommt kaum an der Tatsache vorbei, dass in den neuen Bundesländern siebzig Prozent der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft angehören und die Jungen oft schlicht nicht mehr wissen, was das sein soll: christliche Werte. Wieder nur ein Stück zwangsimpортиerte Wessi-Moral? In die breite pädagogische Lücke springen vor allem die Medien, von denen ein nicht geringer Teil, zum Zwecke der Gewinnmaximierung, Verhaltensmuster, Sensationen, Idole anbietet, die nun wirklich von Kindern nicht eingeordnet werden können, die unbetreut vor dem Fernseher abgestellt werden.

Zu alledem muss aber hinzukommen eine spezifische Disposition zur Brutalität; deren Ursachen kommen Psychologen

und Pädagogen langsam auf die Spur. Eine Reihe von Untersuchungen scheint zu belegen, dass hinter all der Aggression gegen das Fremde, das „Minderwertige“ eine „tief depressive Grundstimmung“ lauert, wie sie der Bochumer Psychotherapeut Ulrich Sollmann diagnostiziert hat. Eine Grundstimmung, die umso gefährlicher ist, als sie - das gehört zum Krankheitsbild - von den betroffenen Jugendlichen nicht zugegeben werden kann. Nichts ist brisanter, als wenn große Teile einer ganzen Generation ihr Selbstwertgefühl verlieren und es sich dann durch Aggression und Machtphantasien zurückholen wollen.

Fußtritte aus Angst. Irgendwann sieht so ein Glatzkopf die Welt nur noch durch seine neurotisch machende Brille: Auf der einen Seite die smarten jungen Altersgenossen, die in den Fernsehfilmen dabei zu beobachten sind, wie sie nach 16stündigem Arbeitstag auf dem Weg in die Nobeldisko schnell noch per Handy bei ihrem amerikanischen Broker ordern. Und auf der anderen Seite die Obdachlosen und Säufer, auf die zu treten schon deshalb gut tut, weil da endlich jemand ist, dem man sich überlegen fühlt. In Wahrheit tritt der Kerl in den Springerstiefeln auf etwas, wovor er schreckliche Angst hat: Dass er am Ende selbst da landen könnte, wo die sind, die er gerade tritt.

All diese Erkenntnisse führen vielleicht zu einer vernünftigen Diagnose, aber natürlich noch lange nicht zu einer Spontanheilung über Nacht. Auch insoweit blühen leider die Illusionen: Je größer die Ratlosigkeit, desto hektischer wird dieser Tage debattiert, ganz als müsse in diesem einzigen Sommer die Wärme der Zwischenmenschlichkeit wieder hergestellt werden durch eine sofort vollziehbare Anordnung der Innen-Staatssekretäre. Manches an der gegenwärtigen Erregung ist auch ziemlich grotesk, weil man ja kein sonderlich gutes Gedächtnis braucht, um sich an den Sommer 1993 zu erinnern, in dem schon einmal aus schlimmen Anlässen im ganzen Land eine scharfe Debatte über das Fehlen des Wertebewusstseins ausgebrochen war. Seinerzeit sollte es auf Beschluss der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen umgehend wieder hergestellt werden, durch Wiedereinführung der „sittlichen Verantwortlichkeit“ und Abschaffung der „Selbstverwirklichung.“

Zu den wichtigsten Tugenden, die man nicht nur den Deutschen jetzt wünschen müsste, gehörte das Vermögen, zwischen den Dingen zu unterscheiden, die sofort getan werden können, und jenen, die man nicht deshalb lassen darf, weil sich die Erfolge nicht sofort messen lassen. Das wenigste von dem, was heute diskutiert wird schließt einander aus - und nichts ist ein Allheilmittel. Es wird, natürlich, schärfere Gegenwehr brauchen durch den Staat, wenn sich die Brutalität organisiert, strukturiert und vernetzt. Und gleichzeitig muss klar sein, dass das richtige Selbstwertgefühl junger Leute nicht am allerbesten dadurch produziert wird, dass die guten Deutschen - die aufgeklärten, gebildeten, weltmarktfähigen - auf die missratenen in immer noch einer Talkshow mit dem Finger deuten und sie so nur noch stolzer machen auf ihre Besonderheit. Im übrigen bleiben nur die alten Rezepte und Hoffnungen: Wenn die Brutalität floriert, brauchen Anstand und Mitleid ein Konjunkturprogramm.

(aus: Herbert Riehl-Heyse, *Die Verrohung des Gemüts*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12.08.2000:)

Arbeitshinweise:

Arbeite die verschiedenen Ursachen und Erklärungsansätze heraus, die in Material M 2.05 genannt werden. Welche weiteren Erklärungsversuche für die Entstehung und Verbreitung rechter Gewalt und Rechtsextremismus kennst du? Welche Erklärung scheint dir am plausibelsten zu sein?

M 2.06 Von Angst zu Hass ist es nur ein kurzer Weg

Das Bedrückende ist das Gefühl, dass ja alles schon mal - schon mehrmals - gesagt zu sein scheint. Nach Hoyerswerda, nach Solingen, nach Mölln. Unsere durchaus ehrliche Empörung droht zum Betroffenheitsritual zu verkommen, oder jedenfalls in der Öffentlichkeit so wahrgenommen zu werden. Das hilft niemandem.

Genauso wenig wie schneller Aktionismus oder eine Inflation von gut gemeinten „Zeichen“ oder Appellen, zu mehr Wachsamkeit oder mehr Zivilcourage. Das ist ja alles wichtig, aber ich fürchte, damit signalisieren wir der Öffentlichkeit vor allem eins: Ratlosigkeit. Und das in regelmäßig wiederkehrenden Wellen, zwischen denen wir zur Tagesordnung zurückkehren. Betroffenheit kann man schließlich nicht als Dauerzustand konservieren oder gar anordnen. Ich denke, wir müssen tiefer, radikaler und ehrlicher nach den Ursachen forschen.

Müssen wir nicht fragen, warum unsere Zivilgesellschaft aus dem Ruder zu laufen droht? Von der Leistungsgesellschaft - die wir alle bejahen - über die Ellenbogengesellschaft - die wir genauso einstimmig beklagen - hin zu einem Zustand, wo für einen Teil der Mitbürger der Baseball-Schläger an die Stelle der Ellenbogen getreten ist. Wann haben wir auf diesem Weg vergessen, dass die Grundlage unseres Gemeinwesens die schlichte „Ehrfurcht vor dem Leben“ ist, wie Albert Schweitzer es formuliert hat? Vor allem Leben, auch vor dem schwachen, auch vor dem fremden.

Müssen wir nicht fragen, welche Wurzeln die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen in unseren Familien hat? Wir werden nicht müde, über gesellschaftliche Ursachen zu reden, über Arbeitslosigkeit und mangelnde Perspektiven. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Aber wann stellen wir uns ehrlich der Frage, ob zu diesen gesellschaftlichen Bedingungen nicht genauso auch überforderte Mütter und Väter gehören? Beziehungsarmut, Mangel an Grenzen und Mangel an Anerkennung in der Erziehung, die besonderen Probleme alleinerziehender Menschen: kann das alles wirklich durch den Kindergarten, die Schule und eine engagierte Jugendarbeit ausgeglichen werden?

Solche Fragen werden gern tabuisiert, allzu leicht wird man eines überholten Gesellschaftsbildes geziehen. Aber hier geht es ja nicht um individuelle Vorwürfe an das Unvermögen einzelner. Es geht um mögliche Hilfe. Wenn Familienpolitik oder kirchliche Bekenntnisse zur Familie ernst gemeint sind, sollten wir zusammen nach Wegen suchen, wie Väter und Mütter,

gemeinsam oder einzeln, erziehen lernen können. Damit mehr Kinder die Chance bekommen, gefestigt und stark heranzuwachsen und nicht als schwache den erstbesten Rattenfänger-Parolen hinterherlaufen. Ich habe da kein Rezept. Aber das Thema „Familienbildung“ steht auf der Tagesordnung.

Schließlich: Müssen wir nicht fragen, wie es dazu kommen kann, dass 17-Jährige, die einen Vietnamesen brutal durch die Straßen hetzen, meinen können, damit nur das zu tun, was die Mehrheit am liebsten auch täte - sich aber bloß nicht traut? Hass gegen Fremde schüren die Neonazis, die jetzt hoffentlich mit aller Schärfe - und damit meine ich alle angemessenen Mittel des Rechtsstaates - in den Blick genommen werden. Aber Angst vor Fremden, eine Vorstufe zum Hass, die haben auch andere geschürt. Aus Gedankenlosigkeit oder aus populistischem Kalkül.

Als Kirche sagen wir ohne Wenn und Aber: Die Frage, wie zivilisiert unsere Gesellschaft bleibt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie zivilisiert wir mit Fremden in unserem Land umgehen. Und das nicht nur mit ausländischen Managern und Fachkräften, die die Wirtschaft händeringend sucht. Sicher kann nicht jeder hier bleiben, der bei uns Zuflucht sucht. Aber das individuelle Asylrecht muss in Deutschland im Kern erhalten bleiben. Alle, auch die Politiker, müssen mithelfen, vorhandene Ängste abzubauen. Das hat nichts mit Sozialromantik zu tun, niemand in Europa kann sich abschotten. Deshalb muss man allen Politikern die Rote Karte zeigen, die meinen, sich in der Debatte um die richtigen Lösungen in der Ausländerpolitik mit leichtfertigen Unterscheidungen zwischen „erwünschten“ und „unerwünschten“ Ausländern profilieren zu müssen. Der Schritt vom „unerwünschten“ zum verfolgten Ausländer ist zu klein. Da darf niemand mit dem Feuer spielen.

(Manfred Sorg ist Präses der evangelischen Kirche von Westfalen)

(aus: Manfred Sorg, Von Angst zu Hass ist es nur ein kurzer Weg, in: Münstersche Zeitung vom 09.08.2000)

Arbeitshinweise:

Arbeite die verschiedenen Ursachen und Erklärungsansätze heraus, die in Material M 2.06 genannt werden. Welche weiteren Erklärungsversuche für die Entstehung und Verbreitung rechter Gewalt und Rechtsextremismus kennst du? Welche Erklärung scheint dir am plausibelsten zu sein?